

Erste Frankfurter Fachtagung zu Cannabis 17. November 2014

Cannabis – wir sprechen darüber: Miteinander, sachlich, kontrovers, offen

Begrüßung: Gesundheitsdezernentin Rosemarie Heilig

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wissen, dass wir vor einer politischen Neubewertung des bisherigen rechtlichen und administrativen Umgangs mit Cannabis stehen.

Wir wissen, dass wir diese Debatte führen müssen ohne künstliche Aufgeregtheiten und gegen das schnelle Vereinfachen.

Wir wissen, dass wir das ideologische Korsett ablegen müssen, in dem der Diskurs über Jahre verharrte.

Wir wissen, dass wir konkrete Lösungen in einer komplexen Thematik und brauchen und keinen Austausch von Bekenntnissen:

Herzlich willkommen zur ersten Frankfurter Fachtagung Cannabis!

Endlich, sage ich gleich dazu, denn das immense Interesse an dieser Veranstaltung bestätigt uns, wie überfällig es ist, über den Umgang mit Cannabis zu diskutieren. Kaum war der Termin bekannt, wurden wir von fast 700 Anmeldungen förmlich überrollt und sind deshalb kurzfristig in größere Räume gewechselt, um mehr Frankfurtern die Chance zu geben, dabei zu sein. Dennoch haben wir den Kreis auf 250 Gäste beschränken müssen – einfach um arbeitsfähig zu bleiben. So mussten wir vielen absagen. Vor allem bundesweit gab es sehr viele Anfragen, die wir leider nicht berücksichtigen konnten.

Aber die heutige Tagung ist erst der Anfang. Sie soll die Grundlage liefern für einen sachlichen, stadtweiten Diskurs über Pro und Contra Entkriminalisierung, kontrollierte Abgabe und medizinisches Cannabis, der uns am Ende zu den richtigen Antworten kommen lässt, um auf die Situation und die Probleme einer Großstadt wie Frankfurt adäquat zu reagieren.

Wir haben sehr viele hochkarätige Referenten und Gäste bei uns, die uns mit umfassenden Informationen und Erfahrungsberichten dabei helfen.

Geholfen, diese Tagung kompetent vorzubereiten, hat uns ein Beirat, bei dem ich mich sehr herzlich bedanken darf und zwar bei Herrn Dr. Körner, der uns in der Frage der Strafverfolgung berät. Bei Herrn Hallstein und Herrn Kaletsch vom Polizeipräsidium, Herrn Prof Stöver von der Frankfurter Universität, Herrn Paul vom Bürgerhospital, Herrn Dr. Götz vom Gesundheitsamt und bei Frau Becker, Herrn Gottschalk und Herrn Klee von den Drogeneinrichtungen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Wir wollen mit dieser Tagung einen breiten Diskurs in der Bevölkerung und der Politik befördern.

Deshalb freue ich mich auf die große Resonanz und darf stellvertretend für die Mitglieder der hessischen Landtagsfraktionen Herrn Bocklet von den GRÜNEN, Herrn Spies von der SPD und Frau Schott von den Linken begrüßen.

Für das Frankfurter Stadtparlament begrüße ich sehr herzlich den Stadtverordnetenvorsteher Herrn Siegler und stellvertretend für die CDU Fraktion Frau Burkert und Frau David, für die GRÜNEN Frau Ross und Herrn Stock und für die SPD Frau Dr. Wolter-Brandecker und Frau Busch.

Cannabis – wir sprechen darüber. Miteinander, sachlich, kontrovers, offen. Ganz bewusst haben wir diesen Titel für unsere Fachtagung gewählt, weil er den Kern unseres „Frankfurter Wegs“ in der Drogenpolitik beschreibt, der gerade deshalb so erfolgreich war und ist, weil es bei entscheidenden Fragen immer gelungen ist, dass alle Akteure parteiübergreifend und interdisziplinär zusammenarbeiten, Fragen pragmatisch angehen und offen für Argumente sind – unabhängig davon wie kontrovers die Meinungen aufeinanderprallen. Dass das nicht einfach ist, wissen wir: Ich erinnere nur an die langen, teils heftigen Debatten um die Methadonvergabe, um Konsumräume und vor allem um die heroingestützte Behandlung. Jedes Mal war es ein Prozess der intensiven Auseinandersetzung, des Lernens und sich Bewegens. Wir haben auf diesem Weg Vieles erreicht, und Vieles richtig gemacht.

Genau das wird von uns auch erwartet – jetzt beim Thema Cannabis. Wobei mir eines ganz wichtig ist: Bei der Debatte geht es nicht darum, die Risiken des Cannabiskonsums zu leugnen oder kleinzureden -

insbesondere die Risiken für Jugendliche. Die gibt es ohne Zweifel. Die zentrale Frage ist vielmehr, ob unser geltendes Recht das adäquate Mittel ist, um allen Erscheinungsformen und Auswirkungen des Cannabiskonsums angemessen und wirksam zu begegnen. Kurz gesagt: ob unser geltendes Recht - und die tägliche politische Umsetzung in den Städten- dazu taugen, Cannabiskonsum zu verhindern und Konsumenten zu schützen oder ob wir in den Kommunen andere Lösungsmodelle brauchen, um diese Ziele zu erreichen.

Seit Jahren mehren sich die Stimmen, die die Sinnhaftigkeit unseres Betäubungsmittelgesetzes hinterfragen oder sogar in Frage stellen, dass erst seit 1972 neben Anbau, Herstellung und Erwerb, auch den Besitz von Cannabis strafrechtlich verfolgt. 2004 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass das gesundheitliche Gefahrenpotenzial von Cannabis wohl überschätzt wurde und die gesundheitlichen Risiken von Alkohol wahrscheinlich höher seien. Bereits 1994 mahnte das Gericht an, endlich bundesweit einheitlich die „geringe Menge“ Cannabis für den Eigenverbrauch festzulegen, die straffrei bleiben soll. Bis heute ist dies nicht geschehen – und das Thema Cannabis ein Dauerbrenner.

Beim Bürgerdialog der Kanzlerin über Deutschland 2012 landete die Entkriminalisierung von Cannabis auf Platz 2 der Tophemen. In zwei Anhörungen im Deutschen Bundestag 2012 und 2013 wurde deutlich, dass der aktuelle Umgang mit Cannabis aus Sicht der meisten Suchtexperten zu überprüfen ist. Kritik daran kommt zunehmend vor allem auch von der Repressionsseite. Bei der internationalen Polizeikonferenz vor einem Jahr in Frankfurt kritisierten Vertreter der Polizei den Umgang mit Cannabisdelikten und dem Legalitätsprinzip. Auch die Hälfte aller deutschen Strafrechtsprofessoren hat vor kurzem eine Resolution des Schildower Kreises unterschrieben, die eine Überprüfung der Wirksamkeit des Betäubungsmittelgesetzes fordert. Vor zwölf Tagen gab es in Berlin eine erneute Anhörung zum Thema Cannabis „Beabsichtigte und unbeabsichtigte Auswirkungen des Betäubungsmittelrechts überprüfen“. An ihr haben auch einige der heute hier anwesenden Expertinnen und Experten teilgenommen.

Das Thema ist virulent – auch international. Seit Jahren sprechen sich immer mehr prominente Politiker – von Kofi Anan bis Bill Clinton - für ein Ende des War on Drugs und eine Entkriminalisierung der Konsumenten aus. Weltweit wächst die Zahl der Länder, die Cannabis entkriminalisieren. Ganz aktuell haben die US-Bundesstaaten Alaska und Oregon per Volksabstimmung Cannabis legalisiert – wie zuvor schon Colorado und Washington. Und währenddessen verlieren bei uns

in Deutschland Menschen ihren Führerschein wenn sie Cannabis bei sich haben, auch wenn sie gar nicht berauscht hinterm Steuer saßen. So war vor kurzem in der Zeitschrift „Die Zeit“ von einem Strafverfahren gegen eine Frau zu lesen, die im Taxi saß und eine geringe Menge Cannabis bei sich hatte. Das Strafverfahren wurde zwar eingestellt, aber die Führerscheinstelle meldete sich, zog den Führerschein ein und verlangte eine MPU.

Trotz solcher Repressionen ist der Cannabiskonsum seit Einführung des Betäubungsmittelgesetzes Anfang der 70er Jahre fast kontinuierlich gestiegen. 2012 hatten mehr als ein Drittel der unter 40-jährigen Erwachsenen in Deutschland Erfahrungen mit Cannabis. Heute wissen wir auch längst, dass die Frage, legale oder illegale Droge, für Konsumenten keine entscheidende Rolle spielt – was eine Untersuchung der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle übrigens bestätigt. Danach stieg der Konsum in den Ländern, die das Strafmaß erhöhten, sogar an oder blieb zumindest gleich. Angesichts dieser Tatsachen muss man feststellen, dass das Betäubungsmittelgesetz sein Ziel, den Cannabiskonsum zu verhindern, zu reduzieren und einzudämmen, offenbar nicht erfüllt hat. Darüber hinaus schadet die Prohibition auch den Konsumierenden, sie beschränkt Prävention und kriminalisiert normales Experimentierverhalten. Auch verhindert sie Regulierung und Jugendschutz.

Genau dem müssen wir uns stellen und dürfen die Augen nicht länger vor Zahlen, Daten, Fakten, Forschung – und der Realität in unseren Städten verschließen, ohne ins andere Extrem zu fallen und Regulierung jedweder Art infrage zu stellen.

Frankfurt ist die erste Kommune in Deutschland, die auf breiter kommunaler Ebene die Cannabis-Diskussion führt. Aber wir stehen damit nicht alleine. Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wird bereits konkreter über einen Modellversuch nachgedacht. Ich freue mich deshalb sehr, dass Herr Elvers als Suchthilfekoordinator des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg heute bei uns ist. Auch aus den wichtigen anderen deutschen Großstädten München, Hamburg, Köln und Hannover sind Vertreter angereist, um sich über die Diskussion in Frankfurt zu informieren. Ein herzliches Willkommen auch Ihnen.

Ich weiß, dass in vielen anderen deutschen Städten mit großem Interesse auf die heutige Tagung geschaut wird.

Natürlich kann eine einzige Fachtagung nicht alle Facetten des komplexen Themas Cannabis vertiefend behandeln. Unsere heutige erste Veranstaltung soll zunächst einen Überblick und einen tieferen

Einblick in die augenblickliche bundesweite Diskussion geben, in der es ausschließlich um Erwachsene geht. Und sie soll weitere Themen definieren, die wir in folgenden Veranstaltungen fundierter behandeln wollen. Eines steht schon fest: Zum Thema Jugendschutz und Suchtprävention planen wir eine zweite Tagung im nächsten Jahr.

Fürs Erste freue ich mich aber, dass wir für heute so viele hochrangige nationale und internationale Expertinnen und Experten gewinnen konnten.

Eine Veranstaltung in dieser thematischen Breite auf die Beine zu stellen, ist eine Mammutaufgabe und echte Herausforderung. Dass dies so hervorragend gelungen ist, dafür möchte ich mich sehr herzlich beim beteiligten Fachbeirat und vor allem bei unserem Drogenreferat, namentlich Frau Ernst und Frau Lind-Krämer und ihren MitarbeiterInnen bedanken. Natürlich auch bei den Referenten, und all denen, die sich an dieser wichtigen Diskussion beteiligen.

Ich freue mich auf das heutige Gespräch und wünsche mir sehr, dass wir es miteinander, offen und in der Kontroverse sachlich führen werden.

Frau Ernst, Leiterin des Drogenreferates, wird Ihnen jetzt noch einiges Organisatorisches mitteilen. Danach wird uns Frau Dr. Fühner vom Hessischen Rundfunk als Moderatorin durch den Tag führen.